

EDITORIAL

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie schon so oft ist aus dem Neuen Jahr sehr schnell ein laufendes Jahr geworden, der Alltag fordert nach kurzer Feiertagsunterbrechung wieder sein Recht, man hat oft genug das Gefühl, alles schon mal durchlebt zu haben. Diesmal hat der Winter die Befürchtungen der globalen Erwärmung durchaus bestätigt und feucht kühles Wetter hat für stabil hohe Erkältungszahlen gesorgt. Das witterungsbedingte Chaos auf Straßen und Schienen wurde sicherheitshalber durch Baustellen, Kabelbrände und krank gemeldete Zugführer und Busfahrer ersetzt. Frage: Sind damit wir Ärzte als Berufsstand mal für eine Zeit aus den Schlagzeilen verschwunden? Keineswegs, denn trotz filmreifer Szenerien, mit der sich Politik und Politiker in den Vordergrund gedrängt haben, trotz Rating-Agenturen und Euro-Krise bleibt der Beruf mit dem zweithöchsten Vertrauensbonus in der Bevölkerung (siehe Deutsches Ärzteblatt 51/52/2011) weiter in den Schlagzeilen. Zum einen durch die Bereitschaft unserer stationär tätigen Kolleginnen und Kollegen in kommunalen Einrichtungen, ihre berechtigten Forderungen nach angemessener Entlohnung notfalls auch streikend zu bekräftigen, in entsprechenden Berichten spürt man förmlich das verständnislose Kopfschütteln – Wie können die denn so was machen? –, zum anderen im Negativimage – siehe Vorstand der KV – Berlin, die sich in einer Art Selbstbelohnung 500 000 € Übergangsgeld zugemessen haben und als erste Kritik laut wurde (schließlich sind alle drei Vorstandsmitglieder nahtlos im Amt geblieben) eine Umwidmung in eine Art Erfolgsprämie vorgenommen haben, die von der Vertreterversammlung der Berliner KV mit knapper Mehrheit abgesegnet wurde. Was unter den Berliner Kollegen mal wieder zu Grabenkämpfen geführt hat, die jedem nützen, nur nicht dem ärztlichen Berufsstand. Über die allzeit publikumswirksam gestreuten Artikel von betrügerischer Arzt-Apotheker-Kumpanei, von Abrechnungsbetrügereien und mehr oder weniger dramatischen Behandlungsfehlern könnte man mit einem

resignierenden Seufzer hinweggehen, wenn da nicht die Idee vom neuen Patientenrechtegesetz immer konkretere Formen annehmen würde. Die Mitsprache des mündigen Bürgers auf Augenhöhe (anderes Wort für „gleichberechtigt“), was in zweierlei Hinsicht zu hinterfragen ist. Juristisch wird bei gleichberechtigter Mitsprache ein zumindest vergleichbarer Wissensstand zum Problem vorausgesetzt, was die ärztlich-medizinische Beratung in einer Vielzahl von Fällen im Grunde überflüssig machen würde.

Auf den Menschen bezogen ergibt sich die Frage, wer im vielleicht sogar hochakuten Krankheitsfall in der Lage ist, sachlich-abwägend über das Für und Wider unterschiedlicher Behandlungsoptionen zu entscheiden oder sich nicht doch lieber auf das kompetente Angebot des Behandelnden zu verlassen. Nicht zuletzt das Problem der viel schneller und leichter zu erreichenden Beweislastumkehr im Rechtsstreit. Beklagte Ärztinnen oder Ärzte sind dann wesentlich eher in der Pflicht nachzuweisen, dass ihre Behandlung nicht zu dem in Rede stehenden Gesundheitsschaden geführt hat. Ob damit die angemahnte Vertrauensbasis zwischen Arzt und Patient festigt wird, darf zumindest hinterfragt werden. Es gibt heute bereits Bereiche im Bereitschaftsdienst Brandenburgs, in denen die Kollegen im Dienst keine Spritzen mehr verabreichen, um nicht wegen möglicher Komplikationen in Streitsituationen zu geraten. Auch das Delegieren von Verantwortung verbunden mit dem Hin- und Herschieben von Patienten dürfte damit zunehmen. Es bleibt zu hoffen, dass vor Verabschiedung des Gesetzes ein paar sachkundige Politiker oder Referenten auf den Entwurf sehen und es den Realitäten des Alltags etwas näher bringen.

Zum Abschluss noch ein paar Bemerkungen zu dem von mir bereits im September 2011 angesprochenen eigenen Verband der Hausärzte in Brandenburg. Er ist formal gegründet unter dem Namen „Hausärzterverband



Dr. Volkmar Skerra
Foto: 4iMEDIA

Brandenburg – HÄVBB“, wartet auf den Registereintrag durch das Amtsgericht und steht jedem offen, der hausärztlich tätig ist, unabhängig davon, ob er oder sie vorher anderweitig organisiert war oder nicht. Der Verband ist klarer Interessenvertreter der Brandenburger Hausärzteschaft und damit keinen Kompromisskonditionen der Berliner Kollegen mehr unterworfen. Mit dieser Verpflichtung wird der neue Verband auch in den anstehenden Wahlkampf für die Delegiertenversammlung der Landesärztekammer gehen, erstmals eigenständig und selbstbestimmt. Dafür brauchen wir noch interessierte und engagierte Mitstreiter. Vielleicht kann sich dieser oder jener dafür entscheiden, vielleicht auch aus dem Kreis derjenigen, die dem BDA als Berlin-Brandenburger Landesverband wegen der Interessenkollisionen und Kompromissnotwendigkeiten in den letzten Jahren den Rücken gekehrt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich wünsche Ihnen für den bevorstehenden Frühling viel Freude und ungebrochene Schaffenskraft.

V. Skerra

■ Ihr V. Skerra